

LOTHAR SCHRÖTER

Bundeswehrreform. Der Krieg ist der Ernstfall

In der Bonner Erklärung der NATO-Staats- und Regierungschefs vom 10. Juni 1982, verabschiedet während die Stationierung von *Pershing 2* und Marschflugkörpern in vollem Gange war, wurde betont, daß »keine unserer Waffen ... jemals eingesetzt werden (wird), es sei denn als Antwort auf einen Angriff«¹. Diese Aussage hatte den Charakter einer einseitigen quasi völkerrechtlichen und unbegrenzten Nichtangriffsverpflichtung vor der internationalen Gemeinschaft.

Zwischen dem 24. März und dem 10. Juni 1999 führte die NATO jedoch einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Damit wurde die UNO-Charta, der Nordatlantikvertrag und nationales Recht der an der Aggression beteiligten Staaten gebrochen.² Als einen der Hauptgründe für den Krieg nennen seine Initiatoren mitunter die Sicherung des Zugriffs auf die Erdöl- und Erdgasvorkommen am Kaspischen Meer. Transkaukasien und Zentralasien gelten deshalb schon heute als Einsatzgebiete der NATO.³ Der Krieg der USA in Afghanistan nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 dürfte die letzten Zweifel daran beseitigt haben.

Nach Verabschiedung der neuen NATO-Militärstrategie im April 1999, für die der Jugoslawienkrieg ein Probelauf war, haben wir es mit dem Übergang von der gemeinsamen Verteidigung des NATO-Vertragsgebietes hin zum Prinzip der Verteidigung der gemeinsamen Interessen zu tun.⁴ Die wirtschaftlich und politisch bestimmenden Eliten haben danach drei Ziele: *erstens* Abschottung gegen Armut und Verelendung an der Peripherie des Reichtums, *zweitens* Sicherung des Zugriffs auf die Ressourcen dieser Peripherie und *drittens* Gewährleistung der politischen Botmäßigkeit der Staaten außerhalb der »Ersten Welt«. Diese Ziele sind ohne ein weltweit einsetzbares Militär nicht zu erfüllen. Die Bundeswehrreform in Deutschland bildet den Kern demgemäß militärpolitischer Weichenstellungen für das neue Jahrzehnt.

»Will man die Rolle der Bundeswehr in der Politik der Bundesrepublik Deutschland analysieren, muss die Untersuchung bei der Definition der nationalen Interessen Deutschlands ansetzen«⁵, bekennt ein Experte der Bundeswehruniversität München. Darunter wird nahezu alles subsumiert, um das es sich zu streiten lohnt, wie der einflußreiche konservative Politikwissenschaftler Arnulf Baring betont. Darunter fallen grundsätzlich: Geld, Kommerz, Territorium, Öl, Geschichte, religiöse und politische Ideologien, aber auch Machtstreben und die Leidenschaften der Völker.⁶ Die nationalen Interessen werden in einer privatwirtschaftlich organisierten Ordnung dabei



Lothar Schröter – Jg. 1952; Dr. sc. phil., Major a. D. der Nationalen Volksarmee der DDR, war von 1974 bis 1990 wissenschaftlicher Assistent beziehungsweise Dozent am Militärgeschichtlichen Institut der DDR in Potsdam, Promotion 1981 und Habilitation 1987, arbeitete unter anderen als Abteilungsleiter für Militärgeschichte der NATO und der BRD; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Ein neuer Bellizismus für das 21. Jahrhundert?« (Nr. 124, Februar 2001).
Foto: privat

vor allem durch die Interessen der mächtigsten Unternehmen und Finanzgruppen bestimmt.⁷

In diesen nationalen Interessen kommt nichts anderes zum Ausdruck als der Anspruch Deutschlands als regionale und überregionale Ordnungsmacht.⁸ Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Karl Lamers, spricht deshalb zu Recht von einer »schleichenden Militarisierung der Außenpolitik«⁹. Man scheint wieder beim älteren Moltke zu sein, der 1881 notierte, daß es ohne Krieg einfach unmöglich sei, »die so vielfach sich kreuzenden Interessen der Nationen auszugleichen«¹⁰. Das Entscheidende mit weitreichenden Konsequenzen ist, daß damit das Prinzip des Gewaltverzichts – eine der tragenden Säulen des Gründungskonsenses der Bundesrepublik – aufgegeben wird.

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, wird zudem auch darüber diskutiert, Streitkräfte gegebenenfalls auch im Innern einzusetzen. Derartige Erwägungen durchziehen die gesamte Militärgeschichte der BRD. Mittlerweile ist die gesamte konservative Opposition im Bundestag auf die umfassende Ausweitung des Auftrages der Bundeswehr nach innen eingeschwenkt. Auch die »Antiterrorpakete« von Innenminister Schily weisen in diese Richtung.

Das Umsteuern zu einem qualitativ neuen politischen Auftrag der Bundeswehr setzte bereits vor den Ereignissen der Jahre 1989/90 ein. Bereits 1980 forderte Franz Josef Strauß: »Wir dürfen den USA nicht immer die Rolle des Weltpolizisten zuschieben. Wir müssen selbst weltweit Verantwortung übernehmen.«¹¹ Unübersehbar wurde der Kurswechsel mit dem Tag der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. In der Regierungserklärung Helmut Kohls vom 3. Oktober 1990 heißt es nun: »Wir arbeiten mit an der Neugestaltung von Strategie und Struktur unseres Bündnisses. Wir prüfen – innerhalb der NATO wie auch innerhalb der WEU –, wie wir gemeinsam mit unseren Verbündeten neuen Gefährdungen unserer Sicherheit, insbesondere aus Krisenregionen, solidarisch und noch wirksamer begegnen können.«¹² Am 24. September 1991 unterbreitete eine von der Regierung beauftragte Kommission unter Hans-Adolf Jacobsen ihre Expertise *Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr*. Auf dieser Basis entstand unter Regie von Verteidigungsminister Stoltenberg das am 19. Februar 1992 von der Bundesregierung gebilligte Papier *Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr*¹³. Ausgehend vom Stoltenberg-Papier, in dem sich alle Überlegungen bereits auf den Zeitraum nach 1995 bezogen, erarbeitete das Bundesverteidigungsministerium dann die *Verteidigungspolitischen Richtlinien*¹⁴, die am 26. November 1992 in Kraft gesetzt wurden. Bei diesen Richtlinien handelt es sich um nichts geringeres als um das Kernstück der bundesdeutschen Militärdoktrin.

Maßgebend für die Perspektive der Streitkräfte und damit für die heutige Bundeswehrreform ist die Definition der »vitalen Sicherheitsinteressen« Deutschlands. Diese resümieren sich vor allem in einem Verständnis der Bundesrepublik als kontinentale Mittelmacht (manche sprechen auch von einer »Großmacht in der Mitte Europas«¹⁵) mit weltweiten Interessen und entsprechender Übernahme von »Weltordnungsfunktionen«¹⁶. Deutschland besteht ferner auf der

Gregor Schöllgen betont, daß die potentielle deutsche Großmachtposition gerade auch im Vergleich zu den traditionellen europäischen Großmächten wie Frankreich und Großbritannien gelte. Die Potenzen für eine aktive deutsche Großmachtspolitik sowie Machtentfaltung seien gegeben. Letztere *müsse* aber keinesfalls auf gewaltsamem oder kriegerischem Wege erfolgen. Gregor Schöllgen: Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 24/2000 (vom 9. Juni), S. 6-12.

Gleichberechtigung zwischen Europa und den USA und verlangt die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen gemäß den Erfordernissen der Kapitalverwertung. Das bedeutet die Aufrechterhaltung der Nord-Süd-Ausbeutungsverhältnisse und hat eben nichts mit einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zu tun, von der in den Richtlinien auch die Rede ist. Deutschland will zudem nachhaltigen Einfluß »auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie«¹⁷ nehmen. In der Betonung von Rüstungskontrolle in und für Europa manifestiert sich ein Vorteilsstreben, das der eigenen qualitativen Aufrüstung Tür und Tor öffnet. Das Ziel der Abrüstung wird hingegen relativiert und nur noch am Rande erwähnt.

Die heute maßgeblichen konzeptionellen und planerischen Vorgaben für die Bundeswehr wurden offenbar spätestens in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts entwickelt.¹⁸ Ihr Kern besteht insbesondere darin, militärische Einsätze verschiedenster Art (>out of area<) – die vor 1989/90 ausgeschlossen waren – zur Durchsetzung >deutscher Interessen< möglich zu machen. Und Verteidigungsminister Scharping stellte diesbezüglich bei der Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der UNO über deutsche militärische Beiträge am 2. November 2000 in New York klar, daß die Bundesregierung dafür »keine geographische Grenze« ziehen werde.¹⁹ Dafür wird den Streitkräften ein hohes Maß an rascher Verfügbarkeit sowie an Flexibilität und Mobilität abverlangt. Deshalb wird ein großer Teil der Bundeswehr in sogenannte Krisenreaktionskräfte umgewandelt, auf die nahezu alle Ressourcen konzentriert werden – was nebenbei eine deutliche Reduzierung des Umfangs der Bundeswehr ermöglicht. Dafür wiederum brauche die Bundeswehr »eine ständige, zentrale, teilstreitkräfteübergreifende Planungs- und Führungsfähigkeit«²⁰. Dies bedeutet eine Revitalisierung und teilweise Renationalisierung deutscher Generalstabstätigkeit, eine Forderung der bundesdeutschen Spitzenmilitärs seit Gründung der Bundeswehr.²¹

Erforderlich wird nun auch das >Hineinwachsen< der Bundeswehrangehörigen in ein neues Leitbild und ein neues Selbstverständnis. »Soldatische Professionalität muss sich dazu an den realen Bedingungen von Krieg, Gefahr und menschlichem Elend orientieren, unter denen Soldaten künftig ihren Dienst leisten werden«, verlangen die *Verteidigungspolitischen Richtlinien*²². Gemeint sind Führung, Ausbildung und Erziehung. Das ist der Bruch mit dem bisherigen offiziellen Leitbild, Frieden sei der Ernstfall, und dem bisherigen Selbstverständnis des Bundeswehrsoldaten.

Parallel zur Formulierung der planerischen Grundlagen sammelte die Bundeswehr praktische Erfahrungen im Ausland. Von 448 Sanitätssoldaten für ein UNO-Hospital in Kambodscha 1992/93 bis zur Teilnahme von Kampfflugzeugen am Jugoslawien-Kosovo-Krieg und zu den >Antiterrorereinsätzen< 2001/2002 spannt sich der Bogen.²³ Wichtiger als das Kennenlernen der Praxis durch die Soldaten war der politische Zweck: die Gewöhnung der Öffentlichkeit daran, daß deutsches Militär wieder überall auf der Welt mitmischet.

Mitte der neunziger Jahre wurde die zweite Phase für deren umfas-

Nach dem Zusammenbruch der Wehrmacht und den Urteilen des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals war in der BRD die Errichtung eines neuen Generalstabes nicht möglich. Die Führungsstäbe der Bundeswehr (später »der Streitkräfte«) sowie der Teilstreitkräfte und des Sanitäts- und Gesundheitsdienstes waren eine Ersatzkonstruktion, die auf Druck der Militärs mit immer mehr Befugnissen ausgestattet wurden (vgl. Ulrich de Maizière: Führen im Frieden. 20 Jahre Dienst für Bundeswehr und Staat, München 1974; Militärgeschichte der BRD. Abriß. 1949 bis zur Gegenwart, Berlin (DDR) 1989, S. 138-140, 234-237, 299 f.). Sie galten offiziell dennoch nie als Generalstäbe (wurden aber auf NATO-Ebene als solche behandelt). Ein eigenständiges höchstes militärisches Führungsorgan war vor 1989/90 für die BRD so auch nicht erforderlich, da die BRD wie kein anderes Bündnismitglied in die NATO integriert war und alle militärischen Planungen oberhalb der Korpsebene generell den NATO-Stäben übertragen waren. Nicht zuletzt deshalb scheiterten in den sechziger Jahren die Bestrebungen zur Bildung eines Kommandos der Deutschen Streitkräfte (KDS) mit einem Befehlshaber der Deutschen Streitkräfte (BDS) an der Spitze.

sende Neuausrichtung der Bundeswehr eingeleitet. Den Auftakt bildete das Militärweißbuch 1994.²⁴ Programmatisch postulierte die Bundesregierung darin für Deutschland eine Schlüsselrolle in Europa und eine zentrale Rolle bei der Stärkung der UNO. Das ist die Beschreibung deutscher Großmachtambitionen in der Sprache von Diplomaten.

Jedoch blieb die Kohl-Regierung auf halbem Wege stehen. Sie legte die Bundeswehr noch nicht eindeutig auf die Neugewichtung ihres Auftrages fest. Vielmehr ließ sie, jedenfalls verbal, der »Landes- und Bündnisverteidigung« noch den Vorrang vor internationalen Einsätzen.²⁵ Das holte die 1998 von SPD und Bündnisgrünen gebildete Koalitionsregierung nach. Gleich nach Amtsantritt ließ Minister Scharping eine Bestandsaufnahme vornehmen, die er am 3. Mai 1999 vorlegte. Die Kernaussagen des über 4000 Seiten langen Papiers zielten klar auf die im April 1999 verabschiedete neue NATO-Militärstrategie des Interventionismus²⁶. Insbesondere wurde festgelegt, daß der bisherige »konzeptionelle und strukturelle Rahmen kein Entwicklungspotential mehr für die Bundeswehr bietet«²⁷. Daraus wurde ein rigoroser Schnitt abgeleitet. Noch am Tag der Vorlage jener Bestandsaufnahme erging ein Analyse- und Vorschlagsauftrag an die (Wehrstruktur)Kommission »Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr«, deren Ergebnisse ihr Vorsitzender Richard von Weizsäcker am 23. Mai 2000 vortrug²⁸ – Fähigkeiten, Strukturen und Umfänge der Bundeswehr seien primär aus der Eignung zu Kriseneinsätzen (auch unbefristet) abzuleiten, ohne sich auf eine geographische Eingrenzung festzulegen²⁹. Ebenfalls am 23. Mai 2000 trat schließlich auch der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hans-Peter von Kirchbach, mit den *Eckwerten für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte*³⁰ an die Öffentlichkeit. Sie unterschieden sich inhaltlich kaum vom Weizsäcker-Papier, gingen aber in bezug auf die praktischen Konsequenzen für die Bundeswehr weiter ins Detail. In den von der Weizsäcker-Kommission und den von Kirchbach entwickelten Vorschlägen für die Zukunft der Bundeswehr³¹ wurde am Ende nichts anderes als eine komplette Reorganisation der deutschen Streitkräfte gefordert.

Am 14. Juni 2000 billigte die Bundesregierung das Dokument *Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf*.³² Der Generalinspekteur der Bundeswehr erließ daraufhin am 21. Juli 2000 die *Weisung zur Ausplanung der Streitkräfte der Zukunft*³³. Am 11. Oktober 2000 erhielt die Regierung vom Verteidigungsminister das Papier *Neuausrichtung der Bundeswehr. Grobausplanung. Ergebnisse und Entscheidungen*, und am 29. Januar 2001 veröffentlichte Scharping das Dokument *Die Bundeswehr der Zukunft. Feinausplanung und Stationierung. Entwurf des Ressortkonzepts*. Am 16. März 2001 folgte das Material- und Ausrüstungskonzept. Den aktuellen Überblick enthält schließlich das Dokument *Die Bundeswehr der Zukunft. Sachstand der Reform 1. Juni 2001*.

Mit all dem wurde der zeitliche und inhaltliche Rahmen für die Umstrukturierung der Bundeswehr abgesteckt. Neben den »nationalen Interessen Deutschlands« bildeten dafür die neue NATO-Militärstrategie vom April 1999, das *European Headline Goal* (EHG) und das *Collective Capability Goal* (CCG) des Europäischen Rates vom

In ihrer Grundidee – Effektivierung der Streitkräfte insbesondere für Auslandseinsätze – stimmen die Bundestagsparteien überein. Eine Ausnahme macht nur die PDS, die als ersten Schritt zur Abschaffung der Bundeswehr deren Reduzierung auf 100 000 Personen vorschlägt. Vgl. Konzept der PDS-Bundestagsfraktion zur Zukunft der Bundeswehr: Für eine 100 000-Personen-Armee. Zukunftssicherung durch Abrüstung, nicht durch qualitative Aufrüstung, Berlin, 17. Mai 2000.

Dezember 1999 beziehungsweise Dezember 2000, die *Defence Capabilities Initiative* (DCI) der NATO vom April 1999 und die deutschen Beiträge zum *Standby Arrangements System*, abgeschlossen mit der UNO Ende 1999, die Grundlage. Die Umstrukturierungen selbst setzten am 1. April 2001 ein und sollen im wesentlichen bis 2003 abgeschlossen sein. Der Gesamtprozeß schließlich soll bis 2006 beendet werden.³⁴ Die technische Umrüstung wird allerdings weit darüber hinaus anhalten. Ebenso das Erreichen der qualitativen Standards, für die ein Zeithorizont bis 2010 gezogen wird. Ein *Weißbuch 2001. Zur Zukunft der Bundeswehr* soll in den nächsten Monaten weiteren Aufschluß geben.

In einem ersten Schritt wird die Bundeswehr auf kriegerische Einsätze in einem Radius von 4000 km rund um die Europäische Union (EU) eingestellt.³⁵ Die Spannweite derartiger Einsätze soll von reinen Machtdemonstrationen bis zu intensiven Gefechten von Großverbänden beziehungsweise Konflikten hoher Intensität reichen.³⁶ Die Bundeswehr soll ohne Mobilmachung und Aufwuchs eine große Operation (mit Bündnispartnern) über einen mittleren Zeitraum (sechs bis zwölf Monate) nach mittlerer Vorbereitungszeit (30 bis 180 Tage) oder zwei mittlere Operationen (auch rein national) mit sehr langer Einsatzdauer (über zwei Jahre) sowie parallel jeweils dazu mehrere kleine Operationen (auch rein national) von sehr kurzer bis zu sehr langer Einsatzdauer (über zwei Jahre) mit sehr kurzer (von Stunden bis zu 30 Tagen) bis mittlerer (30 bis 180 Tage) Vorbereitungszeit gleichzeitig durchführen können. Um das Rotationsprinzip als Grundlage für die ›Durchhaltefähigkeit‹ zu gewährleisten, müßten die angegebenen Truppenumfänge etwa mit dem Faktor fünf multipliziert werden, was dann in etwa dem Umfang der künftigen Einsatzkräfte entsprechen würde.³⁷ Diese konzeptionellen Vorstellungen erinnern nachhaltig an das Prinzip der zweieinhalb Kriege, gemäß dem die USA im Rahmen ihrer Anfang der sechziger Jahre entworfenen flexiblen Militärstrategie je einen größeren Krieg in Asien und Europa und eine kleinere Intervention in anderen Teilen der Welt zu führen in der Lage sein wollten.³⁸

Bei alledem unterstellt die militärische Führung, daß Einsätze zur ›Krisenbewältigung‹ beziehungsweise zur ›Unterstützung von Bündnispartnern‹ im Aufgabenkanon der Bundeswehr eine mittlere bis hohe Eintrittswahrscheinlichkeit besitzen.³⁹

All dies war wiederum Grundlage dafür, die Zusammensetzung der Bundeswehr radikal zu ändern. Die bisherige Trennung in Krisenreaktionskräfte und Hauptverteidigungskräfte wird – bei formal weiterbestehenden Teilstreitkräften – aufgehoben. Die Stärke der nunmehrigen »Einsatzkräfte« erhöht sich von 60 000 auf 150 000 Mann. Für Konflikte, Krisen und Kriege im Ausland stellt die Bundeswehr damit nun fast das Dreifache an Truppen zur Verfügung. 15 000 bis 35 000 Mann dieser Truppen sollen eine große Operation bis zu einem Jahr führen können, Kontingente von bis zu 8 000 Mann zwei mittlere Operationen auch über mehrere Jahre.

Dazu kommt, daß die bisherige militärische Grundorganisation bis spätestens 2005 in die sogenannte Streitkräftebasis⁴⁰ mit einem Inspekteur an der Spitze⁴¹ als zentrale militärische Dienstleistungsorganisation mit 50 500 Soldaten und 20 000 Zivilbediensteten um-

Ein Referent für Grundsatzzfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung prognostiziert: »Aller Voraussicht nach wird der Krieg – und zwar weitgehend unabhängig von seiner ethischen Stigmatisierung – ein zentraler Bestandteil des politischen Wirkens auch im 21. Jahrhundert sein.« – Martin Hoch: Krieg und Politik im 21. Jahrhundert, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20/2001 (vom 11. Mai 2001), S. 17.

gewandelt wird⁴². Sie nimmt Querschnittsaufgaben der Führung, Aufklärung, Unterstützung und Ausbildung für die Bundeswehr sowie der territorialen Verteidigung wahr und dient damit auch direkt dem Hauptauftrag der Bundeswehr ›out of area‹. Die Streitkräftebasis wird das Streitkräfteunterstützungskommando mit 42 000 Soldaten und 13 000 zivilen Mitarbeitern (aufgestellt ab 1. April 2001 in Köln) mit vier Wehrbereichskommandos, das wichtige Einsatzführungskommando für Auslandseinsätze und das nicht minder bedeutsame Kommando Strategische Aufklärung umfassen. 26 500 Mann der Streitkräftebasis sollen auch ›Dienstleister‹ für die Teilstreitkräfte im Einsatzland sein. Bis Ende 2004 soll die Streitkräftebasis stehen.

Die durchaus realistische regierungsamtliche Sicht, daß für die Bundesrepublik Bedrohungen von außen nicht existieren, und die politisch gewollte Konzentration auf die Auslandseinsätze erlauben im Zusammenspiel mit dem Effektivitätsgesetz eine Absenkung des Gesamtumfangs der Streitkräfte um rund 70 000 auf 285 000 Mann.⁴³ Dies erfolgt im Rahmen des *Personalstrukturmodells 2000*⁴⁴, das Anfang Mai 2001 vorlag. Die Mobilmachungsstärke sinkt um rund ein Viertel auf rund 500 000 Mann. Um zusätzliche finanzielle Mittel für ›out of area‹ freizumachen, wird gleichzeitig das Zivilpersonal von 138 720 Stellen (31. Dezember 2000) auf maximal 80 000 bis 90 000 abgebaut.⁴⁵

Wenngleich auch nationale militärische Alleingänge beziehungsweise Einsätze in ›ad-hoc-Koalitionen‹ nicht völlig ausgeschlossen werden, ist man sich in Berlin darüber völlig im klaren, daß politisch und militärisch auf absehbare Zeit fast nur Einsätze im multilateralen Verbund (NATO oder EU) in Frage kommen dürften. Auf Grundlage der Verträge von Maastricht (1992) und von Amsterdam (1997) über die Fortentwicklung der EU zur Politischen Union sowie mittels der verbindlichen Streitkräfteziele im EHG und CCG des Europäischen Rates von 1999 beziehungsweise 2000 will die EU bis 2003 die Fähigkeit erlangen, drei Heereskontingente zu je 60 000 Mann innerhalb von 60 Tagen nacheinander in ein Krisengebiet zu entsenden. In dieser Größenordnung sollen sie dort mindestens ein Jahr handeln können, was Gesamtkräfte von 180 000 Mann erfordert. Dazu kommen noch Luftwaffen- und Marine- sowie logistische Anteile, insgesamt also 115 000 Soldaten, die als EU-Eingreiftruppe ›in einem Durchgang‹ eingesetzt werden können.⁴⁶ Deutschland beabsichtigt, ›für den weltweiten Einsatz‹ (Generalinspekteur Kujat) bis 2003 (mindestens drei Mal) 18 000 Mann zur Verfügung stellen zu können. Das Heer⁴⁷ soll dafür einen Divisionsstab mit Divisionsgruppen und eine mechanisierte Brigade, die Luftwaffe⁴⁸ Kräfte des Luftangriffs, des Lufttransports, der Luftverteidigung sowie für Unterstützung und Führung und die Marine eine Einsatzgruppe aus See- und Seeluftstreitkräften einschließlich schwimmender Versorgung stellen.

Mittlerweile hat man erkannt, daß es in den Krisenregionen sehr rasch zu einer ungewollten Eskalation kommen kann. Deshalb erklärten frühzeitig der damalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, der britische Feldmarschall Richard Vincent, und US-General George A. Joulwan (Oberster NATO-Befehlshaber Europa),

Die Marine soll sich künftig aus einer Flottille der Marineflieger sowie einer Fregattenflottille, einer Schnellboot- und Korvettenflottille, einer Flottille der Minenstreitkräfte und einer U-Boot-Flottille zusammensetzen. Hinzu kommen fünf Marinestützpunktkommandos und das Kommando Marineführungssysteme.

daß »Soldaten ... keine Polizisten« seien und die NATO »keine Polizeiorganisation«. Für das Krisengebiet des früheren Jugoslawien verlangten sie daher »eine Gendarmerie«. ⁴⁹ Deshalb wird nun bis 2003 zusätzlich eine »nichtmilitärische Krisenreaktionsfähigkeit« von rund 5 000 Polizeioffizieren aus den Staaten der EU aufgestellt.

Ein weiteres Hauptergebnis der Strukturreform der Bundeswehr ist die Neuorganisation des militärischen Führungsbereiches. Allein rein militärisch-fachlich bedürfen die 150 000 Mann Einsatzkräfte in der Tat generalstabsmäßiger Vorbereitung und Planung sowie relativ eigenständiger militärischer Führung. Dazu kommt jedoch ein überragendes politisches Moment. Wer aus regional- oder großmacht-politischen Gründen bei multilateralen Einsätzen – unter dem Dach der NATO oder dem der EU – eine (mit)bestimmende Rolle spielen will, muß nicht nur Truppen in erheblichem Umfang, sondern auch Planungs- und Führungskapazitäten bereitstellen. ⁵⁰

Deshalb gibt es eine Reorganisation des militärischen Führungsbereiches. Die Stellung des Generalinspektors der Bundeswehr wird gestärkt. Die Auslandseinsätze werden von einem Einsatzführungskommando geplant und geführt, das seinen Sitz in Potsdam hat. Am 9. Juli 2001 wurde es in Dienst gestellt. Dieses Kommando soll seine Aufgaben zugleich bis 2004/5 als Kern des militärischen Führungsorgans der EU für Operationen unter deren Dach wahrnehmen.

Mit dieser Reorganisation des militärischen Führungsbereiches wird nicht nur den jahrzehntelangen Ambitionen der Generalität nach mehr eigener Machtvollkommenheit Rechnung getragen. Die politische Elite in Berlin kommt damit ihrem Ziel einer neuen Gleichberechtigung mit den traditionellen Großmächten Frankreich und Großbritannien erheblich näher.

Für die 150 000 Mann an Einsatzkräften in einer 285 000-Mann-Armee ist eine qualitativ völlig neue Ausrüstung vorgesehen. Ziel ist eine solche Überlegenheit über jeden Gegner, die einen technischen Krieg wie gegen den Irak 1991 oder gegen Jugoslawien 1999 ermöglicht. Das bedeutet die Ausübung starken politischen Drucks durch die Androhung überlegener militärischer Gewalt beziehungsweise rascheste Kriegsentscheidung bei keinen oder nur geringsten eigenen Verlusten. Dahinter steht vor allem die Erfahrung der USA, daß bei länger währenden militärischen Handlungen und immer weiter steigenden eigenen Verlusten der Rückhalt in der Bevölkerung schnell verloren gehen, ja sogar der gesellschaftliche Grundkonsens in Gefahr geraten könnte.

Auch im Bereich Rüstung soll deshalb im Zuge der Bundeswehrreform eine neue Qualität erreicht werden. Als organisatorische Voraussetzung wird dafür unter Vorsitz des Generalinspektors ein *Rüstungsrat* geschaffen. Ausgehend von den Anforderungen besonders an die Einsatzkräfte fallen hier künftig die Entscheidungen für das militärtechnische Profil der Bundeswehr und die wichtigsten Rüstungsprojekte. Die wichtigsten Positionen beziehen sich insbesondere auf die ›Schlüsselbereiche‹ strategischer Transport, strategische Aufklärung und Führungsfähigkeit.

In die künftigen Beschaffungsvorhaben gehen gemeinsam mit anderen Rahmenbedingungen auch die Erkenntnisse aus den bisherigen

Kriseneinsätzen von Bundeswehr und verbündeten Streitkräften ein. Einer der uniformierten Hauptverantwortlichen für den Krieg gegen Jugoslawien 1999, General Naumann (Vorsitzender des NATO-Militärausschusses) brachte diese Erkenntnisse unmittelbar nach Kriegsende zu Papier.⁵¹ In der *Defence Capabilities Initiative* (DCI) der NATO vom April 1999, die die »Schwächen und Defizite der Bündnisstreitkräfte« identifizierte, und in anderen Dokumenten wird eine Reihe von Forderungen erhoben. So sollen taktische und operativ-taktische sowie strategische Aufklärungs-, Zielerfassungs-, Kommunikations- und Führungskapazitäten mit dem Ziel der »Informationsüberlegenheit« modernisiert beziehungsweise neu geschaffen werden. Bei den taktischen und operativ-taktischen Aufklärungssystemen liegt der Schwerpunkt auf Allwettertauglichkeit und auf der Fähigkeit, Ziele am Boden zu erkennen. Für die Eingreifkräfte der EU sollen ein Luft- und eventuell auch ein Seetransportkommando entstehen, um so strategische Mobilität zu erlangen. Ferner geht es um die Indienststellung großer Mengen an abstandsfähigen und Präzisionswaffen, unter anderem in Gestalt von etwa 200 Marschflugkörpern allein für die Eingreifkräfte der EU, sowie eventuell eines Raketenabwehrsystems für Europa. Die Einsatzkräfte sollen zur weitgehend automatisierten luftmechanisierten Gefechtsführung befähigt werden. Ergänzt wird dies durch die Aufstellung und Ausrüstung von Kräften für Spezialoperationen, unter anderem für Handlungen in den rückwärtigen Räumen des Gegners und zur Partisanenbekämpfung, aber auch zur Rettung und Bergung eigener Soldaten im Hinterland des Gegners. Dazu wird das Erreichen einer neuen Qualität der logistischen Sicherstellung der Truppen in den Krisengebieten über See und aus der Luft für erforderlich gehalten. Offiziell ist davon zwar noch nicht die Rede, aber sicher wird irgendwann auch die Frage aufgeworfen werden, wie Luftangriffskräfte über große Entfernungen relativ unabhängig von kurzfristiger heimischer Unterstützung handeln können. Die USA besitzen dafür strategische Bomberverbände und eine Armada von Flugzeugträgern. Eine erste Forderung nach dem Bau eines Flugzeugträgers für die Bundeswehr kam im März 2001 bereits vom CSU-Wehrexperten im Bundestag.⁵² Mittlerweile verlangt der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Lüssow, daß ein künftiger neuer Marinejagdbomber »trägerechtig« sein solle.⁵³ Schließlich soll auch ein nicht mehr auf das Inland, sondern auf den Einsatz »out of area« ausgerichteter, hochleistungsfähiger, sofort verfügbarer, flexibler und mobiler Sanitätsdienst aufgebaut werden.

Für all dies werden den nächsten 15 Jahren Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich vorgesehen. Dies sind genau jene Mittel, die der Konfliktprävention in allen Teilen der Welt, das heißt bei der Beseitigung der von Unterentwicklung, Elend und sozialem Abstieg begünstigten Konfliktursachen, fehlen werden. Sie stehen auch nicht zur Verfügung, um den angeschlagenen Sozialstaat zu sanieren. Zuzustimmen ist daher dem Leiter des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Dieter S. Lutz – übrigens SPD-Mitglied: »Wer nach den »Grenzen der Handlungs- und Friedensfähigkeit der Menschen...« fragt, kommt ... an einer Kritik des politischen Systems selbst nicht vorbei.«⁵⁴

Soldaten und ihre Familien sollte unmittelbar aufrütteln, was sich als »Zentralisierung des Sanitätsdienstes« liest. General Naumann stellte wiederholt klar, daß der neue Auftrag der Bundeswehr nach außen »kämpfen« heißt, »höchste physische und psychische Anstrengungen (stellt) sowie Gefahr für Leib und Leben«⁵⁵ heraufbeschwört. »... wir werden bei diesen Einsätzen auch Verluste hinnehmen müssen.«⁵⁶ Dazu und zur Eskalation des Waffeneinsatzes müsse man bereit sein, »bis das Ziel erreicht ist«⁵⁷. Ein Hauptbestandteil der psychologischen Vorbereitung der Soldaten auf den Krieg sollen deshalb Kampf, Leid und Elend, Verwundung und Tod sowie Waffeneinsatz gegen Menschen sein. Mittlerweile liegt dazu auch ein 525 Seiten starkes Handbuch vor⁵⁸, das »alle Anwendungs- und Wirkungsbereiche der Truppenpsychologie« abdeckt »für jeden, der sich in verantwortlicher Position auf einen Einsatz vorbereitet«⁵⁹.

Schon die Auslandseinsätze an sich haben nach Auffassung Naumanns eine tiefe Umstellung in der Gesellschaft zur Folge. Verwundete und Kriegstote liegen über 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges außerhalb der Vorstellungswelten der Menschen. Kriegserinnerungen aus selbst erlebter unmittelbarer Todesfurcht wirken in der Gesellschaft zumeist nur eine Generation. Verluste können deshalb schnell den ganzen Rückhalt in der Bevölkerung untergraben, wenn sie nicht durch ein hocheffektives Sanitätswesen auf ein Minimum reduziert werden. Darum soll die künftige »Maxime der sanitätsdienstlichen Auftrags Erfüllung (sein), dass den Soldaten bei einem Einsatz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland für den Fall einer Erkrankung, eines Unfalls oder einer Verwundung eine medizinische Versorgung zuteil wird, die dem Standard in der Bundesrepublik entspricht«⁶⁰.

An der Öffentlichkeit vorbei werden auch Vorkehrungen getroffen, um Kriegsversehrte wieder in das zivile Leben einzugliedern: Die Kapazitäten der zur Bundeswehrverwaltung gehörenden Berufsförderungsdienste zur Durchführung von REHA-Verfahren für gesundheitsgeschädigte Soldaten wurden erweitert. Die Zahl der für REHA-Verfahren zuständigen Mitarbeiter stieg.

Doch auch damit nicht genug. Schon im Sommer 1992 hatte der damalige Inspekteur des Heeres seine *Weisung Nr. 1* über den unverzüglichen Aufbau der Krisenreaktionskräfte erlassen. Unter deren letztem Punkt findet man »Registrieren und Transport von Unfalldoten und Gefallenen«, der »so schnell wie möglich« zu erfolgen habe. Mittlerweile gibt es, herausgegeben vom Konvent der evangelischen Militäregeistlichen im Wehrbereich I, auch einen Leitfaden für Vorgesetzte, die die Nachricht vom Tod eines Soldaten zu überbringen haben.⁶¹ Im übrigen erhalten Soldaten und Zivilbedienstete der Bundeswehr, die in den Auslandseinsatz gehen, seit Jahren spezielle Merkblätter. Immer wieder wird darin auf das »passive Kriegsrisiko« hingewiesen. Angesichts dessen verlangt das Bundesverteidigungsministerium den Abschluß einer Lebensversicherung. Auch die Folgen einer Teilnahme an »aktiven Kriegshandlungen« finden Erwähnung. Bei Verwundung, Verschleppung und Gefangenschaft sowie Tod sichert der Staat den Betroffenen beziehungsweise ihren Angehörigen Entschädigungsleistungen zu. Als Organisation zur Vertretung der Soldaten empfiehlt der Deutsche Bundes-

wehrverband in einem eigenen Merkblatt, vor der Abreise die persönlichen Dinge zu ordnen. Unter anderem sollen die Soldaten ein Testament verfassen.

Völlig klar ist sich die Bundeswehrspitze darüber, daß aber über Erfolg oder Mißerfolg künftiger Einsätze ›out of area‹ der subjektive Faktor entscheidet. Der Umbau der Bundeswehr, so Minister Rühle schon 1993, vollziehe sich organisatorisch und materiell, jedoch in erster Linie geistig. Der Soldat müsse kämpfen können und notfalls mit seinem Leben einstehen. Hier liege der unveränderte sittliche Kern des soldatischen Dienstes. »Das soldatische Ethos tritt aus dem lähmenden Schatten der Nuklearwaffen heraus. Soldatsein erfährt eine positive Erfüllung.«⁶²

Diesen Gedanken war im Kontext mit der schon vor 1989/90 einsetzenden Neuorientierung der BRD-Außen- und Militärpolitik in Richtung ›größerer Verantwortung‹ und erweiterter militärischer Einsatzvarianten im Juni 1989 der Auftrag zur Erarbeitung eines »Programms zur langfristigen Lagebeurteilung im Hinblick auf eine zukunftsweisende Weiterentwicklung der Inneren Führung« vorangegangen.⁶³ Es folgte von 1990/91 an eine umfassende Argumentationsoffensive in der Militärpresse. Sie stand unter den programmatischen Losungen »Rolle des deutschen Soldaten neu definieren«⁶⁴ und »Der Krieg ist der Ernstfall«⁶⁵. Damit verband sich die völlige Revision des von Bundespräsident Gustav Heinemann für die Bundeswehr 1969 sinnstiftend vorgegebenen Auftrages vom Frieden als dem Ernstfall. Es dauerte noch zwei Jahre, dann wurde das Rahmendokument für die umfassende innere Einstellung der Soldaten auf den Krieg als Ernstfall wirksam. Am 26. März 1993 stellte Generalinspekteur General Naumann die Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 10/1 »Innere Führung« vor. Die Innere Führung wurde auf die neuen Herausforderungen ausgerichtet.⁶⁶ Nr. 106 und 107 der ZDv 10/1 beschreiben den weitergefaßten neuen Auftrag der Bundeswehr, der sich auch auf ›out of area‹ erstreckt. Führung und Ausbildung der Soldaten, so Nr. 214, müßten sich am Einsatzauftrag des jeweiligen Truppenteils ausrichten, also auch auf Krise und Krieg (Nr. 351). Das ist fast original der ältere Moltke: »Die Vorbereitung zur Schlacht ist ... der Hauptauftrag der militärischen Ausbildung.«⁶⁷ Jeder einzelne Soldat soll vor dem Einsatz funktionstüchtig ausgebildet und zum Zeitpunkt des Einsatzes einsatzfähig und einsatzwillig sein. Der Kampf mit der Waffe steht im Vordergrund, so im Leitsatz 1 für die Praxis der Inneren Führung »Soldatisches Berufsverständnis«, der der ZDv 10/1 zusammen mit elf anderen beigefügt ist. Eine Nr. 235, wie in der Vorgänger ZDv »Hilfen für die Innere Führung« vom August 1972, taucht nicht mehr auf. Geistig von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Generalinspekteur General Ulrich de Maizière vorbereitet und noch ganz dem Heinemannschen Erbe vom Frieden als dem Ernstfall verpflichtet, lautete sie: »Die Streitkräfte müssen kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen. Wenn sie auf diese Weise ihren Auftrag der Abschreckung erfüllen, sind sie für den Verteidigungsfall vorbereitet...« Unübersehbar ist aber heute das Abrücken vom früheren Abschreckungs- hin zum Kampfauftrag. All das ist es, was Generalinspekteur Naumann meinte, als er im Oktober 1993 forderte: »Es ist ein neuer Soldat, den wir brauchen...«⁶⁸

»Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.« – Gustav Heinemann, zitiert nach: Freiheitliche Ordnung der Demokratie als großes Angebot. Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates durch den mündig mitbestimmenden Bürger. Appell des Bundespräsidenten zur Verantwortung für den Frieden und den sozialen Fortschritt, in: Bulletin des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 87 (vom 2. Juli 1969), S. 749.

Brigadegeneral a. D. Heinz Loquai, der die jugoslawische Tragödie und die NATO-Aktionen aus nächster Nähe beobachten konnte und der wegen seiner Schlußfolgerungen auf Regierungsdruck hin nicht mehr bei der deutschen Vertretung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien verbleiben durfte, der er von 1995 bis 1999 angehört hatte, fordert zum tiefen Nachdenken auf: »Man hat in der Vergangenheit oft der deutschen Generalität den Vorwurf gemacht, dass sie dort auch geschwiegen habe, wo sie etwas hätte sagen sollen. Und ich wollte in dieser Situation auch etwas sagen und die Manipulation und Propaganda nicht als solche stehen lassen.« Und aus Anlaß der ihm von der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) am 24. März 2001 verliehenen Clara-Immerwahr-Medaille mahnte er: »Unsere Freiheit ist heute nicht mehr von außen bedroht, sondern von innen, aus unserer Gesellschaft und unserer Geistesverfassung heraus. Seien wir wachsam gegenüber einer subtilen Militarisierung, die Krieg als Instrument der Politik wieder salonfähig macht und eine militärische Interventionsmentalität Platz greifen lässt.«⁶⁹

- 1 Kommuniké der Tagung des NATO-Ministerrates in Bonn am 9. und 10. Juni 1982 in Bonn; zitiert nach: Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Friedenssicherung durch Verteidigungsbereitschaft. Deutsche Sicherheitspolitik 1949-1989, Mainz 1990, S. 261.
- 2 Vgl. Ernst Woit: Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien und das Völkerrecht, in: Brühl, R./ Schröter, L. (Hrsg.), Stahlhelm, Blauhelm, Friedenstaube. Friedenssicherung am Beginn des 21. Jahrhunderts, Schkeuditz 2001, S. 143-162.
- 3 Vgl. Wilfried A. Herrmann: Das Kaspische Meer – neue Einsatzoption der NATO?, in: Soldat und Technik, Heft 9/1998, S. 553-556.
- 4 Vgl. Karl-Heinz Kamp: Das neue Strategische Konzept der NATO. Entwicklung und Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/1999 (vom 12. März), S. 23.
- 5 Frank Kostelnik: Die Rolle der Bundeswehr in der deutschen Außenpolitik, in: Reader Sicherheitspolitik. Beilage zur Zeitschrift Information für die Truppe, VII.4., Ergänzungslieferung 11-12/1999, S. 2; vgl. Olaf Theiler: Deutsche Interessen in der internationalen Politik. Zur Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte, in: ebenda, VI.3., Ergänzungslieferung 2/1999, S. 18-24.
- 6 Vgl. Arnulf Baring: Die Drohung der Horde. Zu Huntingtons These des Zivilisationskonflikts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. August 1999.
- 7 »Private Interessen vermögen vor allem als *Wirtschaftsinteressen* nationale Interessen zu beeinflussen.« – Wolfgang Gerz: Nationales Interesse als politische Maxime, in: Reader Sicherheitspolitik. Beilage zur Zeitschrift Information für die Truppe, VI.2., Ergänzungslieferung 8/1998, S. 62 (Hervorhebung – im Original).
- 8 Deutschland definiert seine Interessen global. Vgl. dazu Die Bundeswehr der Zukunft. Bundeswehrplan '94, in: Informationen zur Sicherheitspolitik, Januar 1993, S. 4.
- 9 Zitiert nach: Bundeswehrverband befürchtet Dauereinsatz in Mazedonien, in: Neues Deutschland vom 30./31. Juni 2001.
- 10 Moltke an Goubareff, 10. Februar 1881, in: Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen Helmuth von Moltke, Bd. 5, Berlin 1892, S. 200.
- 11 Zitiert nach: Frankfurter Rundschau vom 3. September 1980.
- 12 »... ein gemeinsames Werk der Verständigung, des Friedens und der Versöhnung.« – Helmut Kohl: Das wiedervereinigte Deutschland in weltpolitischer Verantwortung, in: Ders., Bilanzen und Perspektiven, Regierungspolitik 1989-1991, Bd. 2, Bonn 1992, S. 683.
- 13 Vgl. Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr, in: Frankfurter Rundschau vom 20. Februar 1992.
- 14 Vgl. Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26. November 1992, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/1993, S. 1137-1151.
- 15 Gregor Schöllgen, Bewährungsprobe. Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, in: NATO-Brief, Heft 2/1993, S. 18.
- 16 Gerhard Kümmel: Streitkräfte im Zeitalter der Globalisierung, in: Reader Sicherheitspolitik. Beilage zur Zeitschrift Information für die Truppe, II.4., B, Ergänzungslieferung 11-12/2000, S. 5.
- 17 Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26. November 1992, a. a. O., S. 1139.
- 18 Vgl. Bestandsaufnahme. Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Bonn 1999, S. 2.
- 19 Vgl. Beiträge zum Standby Arrangements System der UN in: Bundeswehrverwaltung, Heft 12/2000, S. 278.
- 20 Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26. November 1992, a. a. O., S. 1151.
- 21 Ausführlich dazu Lothar Schröter: Theorie und Praxis der Territorialorganisation der Bun-

- deswehr und ihre Rolle im Aggressions- und inneren Niederhaltungsmechanismus der BRD (1962/63 bis 1973/74), Dissertation A, Bd. 1, Potsdam 1981.
- 22 Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26. November 1992, a. a. O.
- 23 Vgl. Bestandsaufnahme. Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, a. a. O., S. 28-31; Peter Goebel (Hrsg.): Von Kambodscha bis Kosovo. Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bonn 2001.
- 24 Vgl. Weißbuch 1994 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bonn 1994.
- 25 Vgl. ebenda, S. 91.
- 26 Vgl. Das neue Strategische Konzept der NATO, in: Reader Sicherheitspolitik. Beilage zur Zeitschrift Information für die Truppe, Bonn, VIII., Ergänzungslieferung 6/1999, Teil II, S. 129-144.
- 27 Bestandsaufnahme. Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, a. a. O., S. 169.
- 28 Vgl. Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr. Bericht der Kommission an die Bundesregierung, Berlin/Bonn 2000.
- 29 Vgl. ebenda, S. 48, 53 f.
- 30 Vgl. Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte, Bonn, 23. Mai 2000.
- 31 Im übrigen haben alle im Bundestag vertretenen Fraktionen eigene Vorschläge für die Zukunft der Bundeswehr vorgelegt – vgl. Bernhard Fleckenstein: Bedingt einsatzfähig: Der lange Weg zur Neugestaltung der Bundeswehr, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/2000 (vom 20. Oktober 2000), S. 15 f.
- 32 Vgl. Gerhard Hubatschek: Zukunft Bundeswehr – »Erneuerung von Grund auf«. Das Reformkonzept der Bundesregierung, in: Soldat und Technik, Heft 7/2000, S. 422-428; Zukunft Bundeswehr. Die Entscheidungen zur Reform der Bundeswehr, in: IAP-Dienst Sicherheitspolitik, Sonderheft Juli 2000, S. 1-16; Rüdiger Moniac: Bundeswehr ganz neu: Kein Stein mehr auf dem anderen, in: loyal, Heft 9/2000, S. 4-6.
- 33 Vgl. Panorama: Streitkräftebasis wird neuer Zentraler Bereich, in: Information für die Truppe, Heft 9/2000, S. 4 f.; WASK, in: ebenda, S. 23.
- 34 Vgl. Manfred Lange: Die Neuausrichtung der deutschen Streitkräfte. Neue Fähigkeiten und neue Strukturen für die Bundeswehr der Zukunft, in: Soldat und Technik, Heft 3/2001, S. 8.
- 35 Besonders auch deshalb unternimmt die Bundesregierung erhebliche Anstrengungen, um den militärischen Einfluß auf das neugebildete, für die gesamte Südfanke der NATO zuständige Regionalkommando Süd in Neapel (Italien), einschließlich der nachgeordneten Teilstreitkräftekommandos und Subregionalkommandos, zu erweitern. Im Vorgänger des RC South, dem Oberkommando Südeuropa, war die BRD nur durch Verbindungsoffiziere präsent. Im zweiten, heute dem Strategischen Kommando Europa in Mons (Belgien) nachgeordneten Regionalkommando Nord (Brunssum/Niederlande) hat Deutschland bereits ein großes militärisches Gewicht, vor allem weil in dieses das frühere Oberkommando Zentraleuropa aufgegangen ist, das jahrzehntelang von einem BRD-General geführt wurde.
- 36 Vgl. Klaus Naumann: Der neue Auftrag der Bundeswehr. Auftragsbeschreibung und Auftragsauswertung, in: IAP-Dienst Sicherheitspolitik, Nr. 14/15 (vom 19. August 1993), S. 9; Reinhard Herden: Die neue Herausforderung. Das Wesen künftiger Konflikte, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Heft 2/1996, S. 68-73 und Heft 3/1996, S. 140-144; Harald Kujat: Die Bundeswehr auf ihrem Weg der Erneuerung von Grund auf, in: Der Mittler-Brief, 1. Quartal 2001, S. 3.
- 37 Von den 150 000 Mann Einsatzkräften sollen 80 000 nach sehr kurzer beziehungsweise kurzer Vorbereitungszeit verfügbar und einsetzbar sein. 70 000 Mann sollen sich in abgestufter Verfügbarkeit zu deren Verstärkung und/oder Ablösung befinden.
- 38 Vgl. Imperialistische Militärblockpolitik. Geschichte und Gegenwart, Berlin (DDR) 1980, S. 226.
- 39 Vgl. Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte, a. a. O., S. 11.
- 40 Vgl. Bernd Heise: Die Streitkräftebasis. Service- und Force Provider für die Bundeswehr im In- und Ausland, in: Europäische Sicherheit, Heft 4/2001, S. 15-24; Hans-Heinrich Dieter: Die Streitkräftebasis. Zukunftsorientierter Service für die Streitkräfte, in: Soldat und Technik, Heft 8/2001, S. 19-25.
- 41 Damit gibt es künftig fünf Inspektoren im Range eines Generalleutnants (für Heer, Luftwaffe, Marine, Sanitätsdienst der Bundeswehr, Streitkräftebasis).
- 42 Zu den Einsatzkräften von 150 000 und der militärischen Grundorganisation von 110 000 Mann (davon 50 500 Streitkräftebasis/Mobilmachungsumfang: 144 000) addieren sich 22 000 Soldaten in einer zivilberuflichen Qualifizierung und 2 626 Wehrübungsplätze.
- 43 Der Gesamtumfang von 285 000 unterteilt sich in Präsenzumfang (260 374); Ausbildungsumfang in zivilberuflicher Qualifikation (22 000); Wehrübungsumfang (2 626). In Personalkategorien sind dies 202 374 Berufssoldaten/Soldaten auf Zeit, 27 000 freiwillig Wehrdienstleistende (verlängerter Grundwehrdienst), 53 000 Grundwehrdienstleistende. Nach Zugehörigkeit zu den Teilstreitkräften Heer: 189 792, Luftwaffe: 68 863, Marine: 26 345. Die Berufssoldaten/Soldaten auf Zeit unterteilen sich in 38 482 Offiziere, 131 266 Unteroffiziere, 32 625 Mannschaften.
- 44 Vgl. Egge Weers: Mit personeller Neuausrichtung sicher ins 21. Jahrhundert. Mehr Chancen für die Unteroffiziere, in: Y. Magazin der Bundeswehr, Heft 8/2001, S. 35-38.
- 45 Damit wird das Zivilpersonal, das am 3. Oktober 1990 seinen Höchststand mit 233 585 Beschäftigten hatte, um fast zwei Drittel reduziert (vgl. Lothar Maikranz: Entwicklung der zivilen Personalstruktur der Bundeswehr, Teil I, in: Der Bundeswehrbeamte, Heft 3/2001, S. 11).
- 46 Vgl. Jürgen Zimmermann: Ernstfall Europa. Europa auf dem Weg zu einer eigenständigen militärischen Fähigkeit, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Heft 7-8/2000, S. 449-451; Reinhard Wolf: Finanzierungsprobleme der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter den Bedingungen der Währungsunion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2000 (vom 17. November), S. 32; Victor Maurer: Eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Europa, in: ebenda, S. 28.

- 47 Es soll künftig aus fünf mechanisierten Divisionen, einer Division für Luftbewegliche Operationen (DLO) mit 9 800 Mann und einer 7 400 Mann zählenden Division für Spezielle Operationen (DSO) und einem Heerestruppenkommando mit Kampfunterstützungs- und Logistiktruppen für die Divisionsebene bestehen; dritte Säule ist das Heeresamt (vgl. Helmut Willmann: Die neue Struktur des Heeres, in: Europäische Sicherheit, Heft 2/2001, S. 40).
- 48 Sie soll in der »Luftwaffenstruktur 5« künftig vier Divisionen, vier Einsatzführungsbereiche sowie ein Objektschutzbataillon, ein Lufttransportkommando und die Flugbereitschaft des Bundesverteidigungsministeriums, ein Kommando Operative Führung Luftstreitkräfte, zwei Luftwaffenstandhaltungsregimenter und ein Waffensystemunterstützungszentrum umfassen.
- 49 Vgl. Lothar Rühl: Die NATO und ethnische Konflikte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2001 (vom 11. Mai), S. 3.
- 50 In der Sprache des Gebetenen und des daraufhin zu geben Bereiteten heißt es deshalb: »Von Deutschland wird erwartet, dass es zusammen mit Frankreich und Großbritannien eine führende Rolle übernimmt. Neben die Bereitschaft zur Übernahme entsprechender Verantwortung muss deshalb die Führungsfähigkeit treten.« – Victor Maurer: Eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Europa, a. a. O., S. 30.
- 51 Vgl. Klaus Naumann: Der Gewalt nicht nachgeben. Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Heft 11/1999, S. 732-742, 799.
- 52 Vgl. CSU fordert deutschen Flugzeugträger, in: Neues Deutschland vom 21. März 2001.
- 53 Vgl. Modernisierung nötig, in: Y. Magazin der Bundeswehr, Heft. 8/2001, S. 43.
- 54 Dieter S. Lutz: Zum äußeren und inneren Frieden. Kann die heutige Demokratie den Gefahren der Zukunft standhalten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/1997 (vom 11. Juli), S. 6. Danielle Mitterand, die Gattin des früheren französischen Präsidenten und engagierte Kämpferin für die Menschenrechte weltweit, meint, daß »wir im Endstadium eines Systems angekommen sind« (zitiert nach: Werner Eberlein: Geboren am 9. November Erinnerungen, Berlin 2000, S. 528).
- 55 Zitiert nach: Kein Dienst à la carte. General Naumann zum neuen Bild des Soldaten, in: Information für die Truppe, Heft 8/1992, S. 11.
- 56 Klaus Naumann: Der neue Auftrag der Bundeswehr..., a. a. O., S. 4.
- 57 Klaus Naumann: Die NATO nach dem Kosovo-Krieg, in: Die Welt vom 7. Juli 1999.
- 58 Vgl. Klaus J. Puzicha/Dieter Hansen/Wolfgang W. Weber (Hrsg.): Psychologie für Einsatz und Notfall. Internationale truppenpsychologische Erfahrungen mit Auslandseinsätzen, Unglücksfällen, Katastrophen, Bonn 2001.
- 59 Truppenpsychologie, in: Y. Magazin der Bundeswehr, Heft 6/2001, S. 102.
- 60 Gunter Desch: Ein völlig neuer Ansatz. Die geänderten Einsatzoptionen der Streitkräfte erfordern einen Sanitätsdienst mit gleichem Präsenz- und Mobilitätsgrad wie die Kampf- und Kampfunterstützungstruppen, in: Truppenpraxis, Heft 4/1993, S. 357.
- 61 Vgl. Überbringen einer Todesnachricht, Schleswig 2001.
- 62 Deutsche Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben – Bilanz und Perspektiven. Rede des Bundesministers der Verteidigung Volker Rühle anlässlich der 34. Kommandeurtagung der Bundeswehr am 7. Oktober 1993 in Mainz, in: Bundeswehr 1993 – Wir stellen uns den Herausforderungen. Informationen zur Sicherheitspolitik, Bonn, Oktober 1993, S. 20.
- 63 Vgl. Michael Moerchel: Kurs abstecken. Innere Führung in der Zukunft, in: Information für die Truppe, Heft 2/1992, S. 88.
- 64 Norbert Brockmann: Rolle des deutschen Soldaten neu definieren, in: Truppenpraxis, Heft 3/1991, S. 308.
- 65 Johann Adolf Graf von Kielmansegg: Der Krieg ist der Ernstfall, in: Truppenpraxis, Heft 3/1991, S. 304-307.
- 66 Vgl. Oskar Hoffmann: Innere Führung vor neuen Herausforderungen, in: Reader Sicherheitspolitik. Beilage zur Zeitschrift Information für die Truppe, Bonn, VII.2., Ergänzungslieferung 1/1995, S. 2-15.
- 67 Helmuth von Moltke, Verordnungen für die höheren Truppenführer vom 24. Juni 1869, in: Moltkes Militärische Werke, II. Abt., Bd. 2, Berlin 1900, S. 173 f.
- 68 Zitiert nach: »Standortbestimmung« des Generalinspektors der Bundeswehr Klaus Naumann anlässlich der 34. Kommandeurtagung der Bundeswehr am 5. Oktober 1993 in Mainz, in: Bundeswehr 1993 – Wir stellen uns den Herausforderungen, a. a. O., S. 40.
- 69 Zitiert nach: Erster Schritt der Entschiedenen, in: Neues Deutschland vom 26. März 2001.